

# Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichem Besonderen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände.  
Gr. Märkerstraße 6. Fernsprechanruf Nr. 24050, 24057, 29050. Verlagsdirektion und Druckerei in Halle  
von 13 bis 14 Uhr. — Inverantwortlich einleitend. Manuskripten mit Reich und Postporto beifügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,30 Mk. Zusatzenummer, insgesamt 2,30 Mk., für Abholer wöchentlich 0,20 Mk. Bezugspreis 2,20 Mk., durch Verleger ausgestellt 2,70 Mk., bei direkter Einlieferung an den Besteller 2,40 Mk. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelgen- und 50 Pf. im Bestellschein der Verleger.  
Druckerei: Gr. Märkerstraße 6. Fernspr. 24050, 24057, 29050. Verlagskonto 20310 Berlin

## Die deutsche Arbeiterklasse gegen die kommunistischen Schreiberrevolutionäre Erwerbslose lassen sich nicht mißbrauchen! „Dungerdemonstrationen“ — verbrecherische Pläne der Komintern gescheitert

### Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner Gemeinsame Aktion! Tagung im Reichswirtschaftsratsaal

Im Wieneraal des Reichswirtschaftsrats fand am Mittwoch eine gemeinsame Tagung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, des Sozialdemokratischen Parteienschieds, des Bundesrats der Arbeiter, der Arbeiter-Sportverbände und des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold statt. Der Vorsitzende des SPD, Eduard Seipert, betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Veranlassung sei notwendig geworden, um zu der Masse der Arbeiterschaft, besonders aber zu der Masse der Erwerbslosen unter der Roten Arbeiterklasse zu sprechen, die von ihren Vertretern in Gewerkschaft und Parlament die Missachtung der letzten Notverordnung in vielen Wirtschaftskreisen gefordert hätten.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Seipert und der Führer der sozialdemokratischen Forderungspolitik Rudolf Breitscheid beleuchteten von wirtschafts- und allgemeinpolitischen Standpunkten aus die neue Notverordnung. Sie wiesen die Gefahr und unerlässlichen Kritik hin, die durch die Notverordnung geschaffen wurde. Sie zeigten die wichtigsten der Bedürfnisse der Arbeiter und stellen vor der gesamten Arbeiterschaft klar, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht umsonst unverwundbar und auch bis zum letzten Moment im Ringen um die Notverordnung für die Arbeiter gekämpft haben.

Bis zur letzten Stunde wurde Widerstand geleistet. Bei einer genaueren Betrachtung der Notverordnung sind die Spuren dieses Widerstandes auch deutlich zu erkennen. Noch ist das Wirtschaftsmannschaft der Unternehmern vom September in guter Erinnerung. Was dieses Manifest verlangte, war nichts anderes als die restlose Vernichtung aller Formen, was Gewerkschaften und Sozialdemokratie seit einem Jahrzehnt für die Arbeiterklasse in mühseligen Kämpfen herausgeholt haben. Kein staatlicher Eingriff in die Wirtschaft mehr zugunsten der Arbeiter, nur noch individuelle Sorgfaltung, völlige Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung, mit einem Wort: Rückkehr auf der ganzen Linie zum individuellen Wirtschaftssystem.

Das war die Parole der Drahtzieher der Nationalen Opposition. Die Notverordnung hat den Scharfmachern ihren Willen nicht getan. Gewiß hat sie nur ganz unzulänglich den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen, gemäß befristet die einseitig die Schultern der breiten Massen, aber es stand ja noch viel mehr auf dem Spiele als nur diese einseitige Belastung. Und daß dieses Mehr verbindlich wurde, ist ein Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Die Schultern der breiten Massen wären noch ganz anders durchgelastet worden in diesem Winter, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Organisation der freien Arbeiterbewegung sich mit geradezu übermenschlichen Kräften dem Druck der seit dem Wahlsiege vom vergangenen Jahre so mächtig gewordenen Reaktion, von der die Regierung Brünning bedröht ist, entgegenstellte hätten. Der Lohnbau ist ein Ding, den niemand verteidigen kann, von der die Regierung Brünning bedröht ist, entgegenstellte hätten.

Eindeutigkeit und überzeugend wurden von Seipert und Breitscheid die ungeheuren Schwierigkeiten geschildert, die in der großen Krise ihren Ursprung haben und die auch die Hände der Regierung in dieser Hinsicht binden.

## Notverordnung haben wir nicht zu verantworten

Unser Kampf gegen den verbrecherischen Faschismus  
Die am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat veranlasseten Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und in anderen Verbänden, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus dem ganzen Reichs ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen, erklärten unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisation der Deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold.  
Anschließend unserer absehenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung gelangten wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen.

Die Zentrale der SPD, hatte für Dienstag die Parole ausgegeben, in ganz Deutschland Hungerdemonstrationen von Erwerbslosen zu veranstalten. Sie hat damit eine Kominternparole für alle Sectionen der kommunistischen Internationale ausgeführt. Die Anweisungen waren wie immer großsprecherisch. Die Schreiberrevolutionäre haben sich zu diesem Zweck in Halle einen Kundgebungsort ausgesucht und die Kundgebung vorbereitet. Die Kundgebung wurde durch die Polizei verhindert und die Teilnehmer verhaftet. Die Kundgebung wurde durch die Polizei verhindert und die Teilnehmer verhaftet.

### Lohn und Preis

Reichstanzler antwortet dem Parteivorstand  
In der vergangenen Woche hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Weizsäcker dem Reichstagspräsidenten die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Preise vorgetragen. Der Reichstanzler hat sich dazu geäußert, dass er die Forderung nicht unterstützen könne. Er hat erklärt, dass die Löhne und Preise nicht willkürlich verändert werden können, sondern nur auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse.

### Die Kommunisten wollen nichts für das schaffende Volk tun

Keine Reichstagsinberufung  
Die Entscheidung des Alteftenrats  
Der Alteftenrat des Reichstages hat am Mittwoch die Entscheidung getroffen, keine Reichstagsinberufung zu verlangen. Dies wurde auf Antrag der Kommunisten beschlossen. Die Kommunisten haben erklärt, dass sie keine Reichstagsinberufung verlangen, weil die Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Lösung der Krise ergreifen werde.

## Die Kommunisten wollen nichts für das schaffende Volk tun Keine Reichstagsinberufung Die Entscheidung des Alteftenrats

Der Alteftenrat des Reichstages trat Mittwoch 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der die Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen auf Einberufung des Reichstages behandelt wurden. Von den Deutschnationalen war niemand erschienen, ein Botschafter, wie wenig es den Herren mit ihrem Antrag ernst war. Der Kommunist Zörgler begründete den kommunistischen Antrag.

Gonosse Dittmann erinnerte Zörgler daran, daß am 18. Juli 1930 auf Antrag der Sozialdemokraten und der Kommunisten die erste Notverordnung von der Regierung Brünning ausgeschrieben wurde, daß sie damit aber praktisch nicht befristet war, weil die Regierung den Reichstag auflöste und sofort eine neue Notverordnung erließ, die von der Regierung als Notverordnung erst nach drei Monaten Stellung nehmen konnte, nachdem sie sich im Sozialen und wirtschaftlichen Leben so ausgebreitet hatte, daß man sie nicht mehr einfach auflösen konnte, sondern mit Änderungen sich begnügen mußte. Gonosse Dittmann betonte, daß dieser Vorgang sich jetzt wiederholen würde, wenn nicht die Regierung die Notverordnung aufheben würde, die die Arbeiterschaft im Reichstag anführt.

bereit sei, mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der Weimarer Verfassung eine Regierung zu bilden, um die Notverordnung in dem Sinne des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsaktion zu gestatten; nur dann könne die Notverordnung durch den Reichstag praktisch befristet werden.

Zur Dittmanns Frage an Zörgler, ob die Kommunisten zu einer Regierungsbildung bereit seien, antwortete Zörgler, die Frage ist abzuwarten, woraufhin Dittmann erwiderte, mit dieser Antwort habe Zörgler anerkannt, daß die Notverordnung durch einen Reichstagsbeschluss praktisch nicht befristet werden könne, und deshalb die Einberufung des Reichstages keinen Zweck habe. Die Vertreter der Sozialdemokratie, der Christlich-Sozialen, der Bayerischen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums sprachen sich kurz gegen die Einberufung des Reichstages aus. Außer den Kommunisten und den Deutschnationalen waren nur noch die Nationalsozialisten — aber offensichtlich nur mit halbem Herzen — und die Volksparteier bereit.

Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf den Boden des geschickten Reichs, solange sie sich selbst legal betätigen, andererseits mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterschaft und den europäischen Frieden verteidigen. Infolge der parlamentarischen Wachverhältnisse, für die nicht wir, sondern die Teile der Arbeiterschaft die Verantwortung tragen, haben wir zur Zeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Staatsapparat im Reichstag. Die Überwindung der kapitalistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft. Danach richten wir uns nach den Verhältnissen im Parlament und im Lande ein.

# Was der Prozeß gegen die Schießhelden der Silvesterfeier enthüllt Hitler läßt Mörderflucht organisieren! Die feigen Ausreden der Naziverbrecher aus der Berliner Hufelandstraße nützen nichts mehr

In dem Berliner Prozeß gegen die nationalsozialistischen Mörderbanden aus der Hufelandstraße wurde am Mittwoch Kriminalkommissar Groß benommen. Die Benennung ergab eine weitere sehr schwere Belastung der Mörderbanden.

Der Kommissar, der den in Berlin festgenommenen Kollat nach seiner Auslieferung in Münden benommen hat, stellt fest, daß der Angeklagte seinerzeit eine Schlichtung der Mordtat gegeben hat, die im vollkommenen Gegenlag zu seinen feigen Ausflüchten vor Gericht steht. Kollat hat dem Kommissar erklärt, daß sein Komplex Bedarf, nicht vor Schneider stehend, den tödlichen Schuß abgefeuert habe. Diese eindeutige Entlastung des Mörderfolgen will der Angeklagte jetzt nicht wahr haben. Er behauptet, daß er selbst auf Schneider geschossen habe, allerdings versehentlich, da er geflohen sei, so daß aus einem Schreckschuß, der eigentlich absterben sollte, eine tödrende Augen wurde. Kollat kann den traurigen Widerspruch zwischen seiner

Verlust ist sehr selten, da Schffel bei seiner polizeilichen Vernehmung dies gestrichelt war. Der Nazi begründet das mit tödlichen Ausreden.

Auch die weiteren Zeugen, darunter ein Kraftwagenführer, der sich als erster am den erschossenen Graf bemächtigte, bezeugen in allen Punkten die Anklage. Der Chauffeur kann u. a. bezeugen, daß Schneider niemand geschlagen hat, er hörte den Nordschuß verteu und sah den Schützen gleich darauf scheuflucht aus dem Lokal fliehen und das Weite suchen.

Von Wichtigkeit ist ferner die Aussage des Mechanikers Wassermann, der die Silvesterfeier bei Schneider mitgemacht hat. Wassermann, der völlig abgungelot den Laden um 3 Uhr nachts verließ, um nach Hause zu gehen, wurde auf der Straße von einem Herd von 15 Nazis unter dem Ruf: „Das ist ja der Richtige!“ überfallen und schwer mißhandelt. Dieser Überfall geschah, ohne mit den Bomben auch nur ein Wort gemeldet zu haben. Ein schließlicher Beweis dafür, daß der Anschlag auf Schneider mit aller Plannäheigkeit vor sich gegangen ist. Der Kaufmann Niederbühl, ein gänzlich Untertätiger, der von seiner Wohnung aus die Vorfälle

beobachtet hat, hat zwei junge Leute gesehen, die aus dem Geschäft von Schneider heranzögen und sich kureien: „Das ist der Laden, da sind sie drin!“ Der Junge kam weiter defunden, daß ein junger Mann in brauner Lederjacke einige Zeit vor dem Anschlag auf Willi Schneider in den Laden einströmte, versuchte, aber von Vater Schneider mit den Worten abgelehnt wurde: „Sie haben in meinem Laden nichts zu suchen, Zigaretten können Sie am Montag kaufen.“

Der Wache erwiderte darauf: „Galt die Presse, Mensch.“ Dieser angenehme Jüngling war niemand anders als der jetzt angeklagte Kollat. Das Einbringen bedarf hat der Kaufmann ebenfalls beobachtet, gleich drauf fiel der Schuß.

Auch dieser Junge hat nur einen Schuß gehört und hält es für völlig ausgeschlossen, daß der Mörder „beim Stolpern“ Willi Schneider verfehlend getroffen hat.

Am Mittwoch wird die Vernehmung abgeschlossen werden. Am Donnerstag beginnen die Witwen. Ein Antrag der Verteidiger, einen Lototermin in der Hufelandstraße abzuhalten, wird vom Gericht abgelehnt.

## Gegen Reparationen!

### Starke Stimmung im Prüfungsausschuss

**Basel, 16. Dezember. (Eigenbericht.)**  
Der Sonderauschuss der VZG steht vor dem Abschluss seiner Arbeiten. Ein Teil seiner Mitglieder dürfte die völlige Abschaffung aller Reparationen fordern, besonders die Reparaturen Englands, Hollands, Schwedens und der Schweiz.

**Basel, 16. Dezember. (Eigenbericht.)**  
Das Untermittel für Statistik des Sonderauschusses der VZG hat Jean Cornet fertiggestellt. Er enthält genauere Angaben über die Zahl der Zahlungen, die ein Teil der 100 Millionen Mark aufweist. Das Komitee kommt zu dem Schluss, dass es unmöglich ist, eine genauere Ziffer für die deutschen Zahlungen im Ausland anzugeben, doch diese belaufen sich auf 8500 Millionen Mark betragen würden. Der Bericht betont aber zugleich den provisorischen Charakter dieser Schätzungen. Im Falle einer Umänderung der Wirtschaftslage würden die Zahlen binnen kurzem ganz anders lauten.

Die Form, die dem Schlussbericht des Untermittels zu geben ist, steht noch nicht fest. Hinsichtlich der Kompetenz des Sonderauschusses bestehen noch ernstliche Meinungsverschiedenheiten.

Mündener Vernehmung und seiner feigen Darlegung nicht mit einem Wort erklären. Er hat aber dem Kriminalkommissar gegenüber auch erklärt, daß Hausfide den Mord an Graf begangen habe. Er ist sogar so weit gegangen, den tödlichen Schuß im Detail zu erklären, indem er von einem „sehr feingebildeten Kopfjäger“ sprach hat.

Ueber seine Flucht hat Kollat dem Kriminalkommissar Angaben gemacht, die die SA-Zeitung auf schwere Vorwürfe. Er erklärte in Münden, daß er auf ausdrücklichen Wunsch der SA-Führung geflohen sei, die die Mittel für die Flucht angeschlossen habe. Aber nicht nur er, sondern auch Hausfide und Beder seien von der SA-Führung nach genauem Rücksicht abgefeuert worden.

Er selbst, so erklärte Kollat damals, habe einen Parteibefehl zum Verlassen und einen Ausweis bekommen, in dem gestanden hätte, daß ihm, Kollat, Glauben zu schenken sei und daß ihn die Parteigenossen überall zu unterstützen hätten. Der Kriminalkommissar ist der Ansicht, daß Kollat bei seiner ersten Vernehmung die Wahrheit gesagt hat und er jetzt vor Gericht verwirren will. Diese Bemerkung erregt den ärgerlichen Unwillen der Verteidiger, die von einem „Sadepfändeligen Quatsch“ sprechen. Der Vorlesende bemerkt daraufhin: „Das Gericht weiß das wirklich alles schon“, worauf der Verteidiger Jarnow bemerkt: „Das ist aber doch noch die Privatmeinung des Herrn Vorlesenden.“ „Kollat ist“, erwidert Sonderrichterdirektor Riederer, „unterstellt ist auch, daß Kollat dem Kriminalkommissar herbst gegenüber zugestanden hat, daß er, Beder und Hausfide sich zu dem Überfall auf das Schneider'sche Lokal verabredet hatten und gleichsam mit verteilten Rollen gearbeitet haben. Zum Mord an Schneider wurde Beder vorgeführt, während seine Spiegelgelenk draußen Wachen standen. Auf Graf hat Hausfide dann geschossen, weil dieser sich „in die Sache einmischte“. Der Kriminalkommissar betont ausdrücklich, daß Kollat alle seine Angaben völlig freiwillig gemacht habe.“

Ein ebenso schwerer Schlag für die Angeklagten wie die Auslosung des Kriminalkommissars ist das Ouzachten des Sadepfändeligen Riedelers, der in dem Angeklagten des ermordeten Reichsbannermannes Willi Schneider Vaterbrüder gefunden hat. Dieser Bruch löst darauf folgende, daß der Mörder aus ganz fasslicher Entfernung, wahrscheinlich noch unter einem Meter, geschossen hat. Damit ist die Nazifrage, der Schuß sei aus weiterer Entfernung gefallen, widerlegt.

Der Arbeiterführer, der zulässig vorbestimmt und den Mörder überfallen sollte, laut auch, daß er von Schneider'schen Schuß im Augenblick der Tat völlig ruhig gemessen sei und seine Schlägerei fortgesetzt habe.

Frau Riederer, die Witwe des Naziverführers in der Hufelandstraße, ist gemungen, gegen ihre eigenen Beweinungsrede auszulassen. Die Angeklagten haben behauptet, daß Reichsbannerleute die Nazis hütete gestürzt hätten. Die Frau meißt diese Behauptung zurück und weist von feineren Angriffen. Es hätten nur verschiedene Frauen, die ihre Männer lüchten, an die Aufstände geklopft. Mehrere Tage lang verließen trompschall, die Mörder zu entlassen und erlassen die sichersten Mächten von 30 und mehr Reichsbannerleuten, die sie mit mehreren angegriffen hätten. Ein Nazi will auch verneint werden sein. Kann jedoch keine genaueren Angaben machen. Der Mann schneidet hat nur einen Schuß gehört als Schneider. Die Angeklagten behaupten, letztendlich, daß unmitttelbar vor dem ersten Schuß ein zweiter gefallen sei. Im übrigen weiß sich der Zeuge, der mit Kollat zusammen stand, an nichts mehr zu erinnern. Dieser Ouzachten-

## „Nichts für uns, alles für Deutschland“

# Ausbau des Reichsbanners

### Höllermann-Magdeburg technischer Führer des Reichsbanners

**Magdeburg, 16. Dezember. (Eigenbericht.)**  
Die Bundesversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold stellt mit der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fast am Mittwoch, den 16. Dezember, in Magdeburg zusammen. Von Otto Schöning lag folgendes Schreiben vor:

„Dem Wunsche unserer Gaufrüher entsprechend und gemäß den Beschlüssen unserer letzten Bundesversammlung auf Einrichtung eines besonderen, technisch organisierten Führerorgans habe ich den Kameraden Höllermann mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt. In engem Zusammenhange damit stehen Verhandlungen mit uns nachstehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gestellten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten am deutschesten Interesse willigen gelöst werden müssen.“

Eine Aussprache zwischen Höllermann und mir über die Gesamtfrage, die sich für die Führung des Bundes aus diesen Aufgaben

ergibt, führte uns zu dem gemeinsamen Entschluß, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die Geschäftsleitung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höllermann als geschäftsführenden Bundesvorstand zu überlassen. Damit ist noch meiner Überzeugung die Gewähr gegeben, daß die bisherige einheitliche Leitung unseres Bundes nicht nur erhalten, sondern verstärkt wird. Ich werde als erster Bundesführer und wie vor in meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen. Diese innerorganisatorische Maßnahme bedeutet keine Veränderung der Zielsetzung unseres Bundes. Es bleibt bei unserer alten Parole: „Nichts für uns — alles für Deutschland!“ Der Bundesvorstand beschloß einstimmig gemäß den Vorschlägen Schöning.

**Magdeburg, 16. Dezember. (Eigenbericht.)**  
Der Bundesrat des Reichsbanners hat am Mittwoch beschlossen, den Bundesvorstand des Reichsbanners zum 27. Dezember nach Berlin einzuberufen.

# Durchführung der Mietsenkung

## Die näheren Bestimmungen / Hausbesitzer müssen die Mieten mitteilen

Die Reichsregierung hat eine Durchführungsverordnung zur Mietsenkung erlassen, in der zunächst hinsichtlich der Mietsenkung gewisse einheitliche Regelungen für das ganze Reich festgelegt werden. Da in den einzelnen Ländern die Verhältnisse verschiedenartig gesetzlich geregelt sind und die Neubewertung sehr verschiedenartig gehandhabt wurde, wird den Länderregierungen das Recht eingeräumt, unabhängig von dem Reich festgelegte Richtlinien die noch weislicher für die einzelnen Gebiete erforderlichen Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen zu treffen.

Zeit zu zahlen ist. Das gilt für alle Mietverhältnisse über Wohnungen und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten.

In Altbauten beträgt die Mietsenkung beinahe bei Geschäftsräumen und Wohnungen ohne Rücksicht darauf, ob gesetzliche oder vereinbarte Miete gezahlt wird, 10 Proz. der Friedensmiete.

Die Durchführungsverordnung legt allen Vermietern die Pflicht auf, den Mietern unverzüglich die Mietzinse mitzuteilen, der für die die mit dem 1. Januar 1932 beginnende Miet-

Mietermittlungen, die der Vermieter im Laufe des Jahres 1931 aufgestellt hat, dürfen auf die gesetzlich vorgeschriebene Mietsenkung abgezogen werden. Nur in den Fällen, in denen die Miete sinken ermäßigt hat, weil die Friedensmiete auf Grund des § 2 des Reichsmietengesetzes neu festgelegt worden ist, oder in denen der Mieter sich auf die gesetzliche Miete berufen hat, ist die Abrechnung ausgeschlossen. Die Neubewertung der Miete auf dieser Grundlage wird bei Altbauten im allgemeinen kaum Schwierigkeiten machen. Soweit das doch der Fall sein sollte, entscheidet das Mieteinigungsamt oder eine andere von den Ländern hierfür bestimmte Stelle.

## Klagges will sich ausreden

**Er tut nichts zur Innehaltung der Reichsbestimmungen**  
Auf die Anklage des Reichsanwalts wegen der Vorgänge in der Montagmittag des Braunschweigischen Landtags hat die braunschweigische Regierung erwidert, daß die Nazis abgeordnet sich mit Zivilmilitärisch betriebl in das Landtagsgebäude begeben und erst dort die Parteienform gezeigt hätten. Die Polizei sei im Landtag gefehlt und nicht der Regierung, sondern dem Landtagspräsidenten zu.

Demgegenüber wird uns aus Braunschweig gemeldet, daß Nazis abgeordnet in den letzten Tagen auch außerhalb des Parlaments in Uniform gesehen worden sind und bei zahlreicheren Zeugen bezeugt werden können. Im übrigen aber handelt es sich bei dem Vorfall im Braunschweigischen Landtag nicht nur darum, ob ein formaler Anschlag zum Einschreiten wegen des Unformverstoßes gegeben war, sondern, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten trotz ihrer Legalitätsversicherung das erlassene Verbot bewußt übertreten haben.

Bei Neubauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, ist nach den Vorschriften der Rotenordnung die Mietsenkung individuell vorzunehmen, indem der Betrag, um den der Vermieter durch die Zinsherabsetzung entsetzt wird, bei der Miete in Abzug gebracht wird. Bei mehreren Wohnungen desselben Grundstücks ist der erzielte Betrag auf die einzelnen Mieter anteilig nach der Höhe des Mietzinses zu verteilen.

Bei einem Teil der Neubauten kann die Befristung der neuen Miete mit Schwierigkeiten verbunden sein und eine gewisse Zeit erforderlich, da beim Mietsensatz eine völlige Klarheit über die Auswirkung der Zinssetzung erst nach Erweisen der hierzu erforderlichen Durchführungsbestimmungen möglich ist. Das gilt vor allem in den Fällen, in denen die Hypothek aus ausländischem Kapital gegeben wurde.

## „Erfolgreiche“ Nazidrohungen

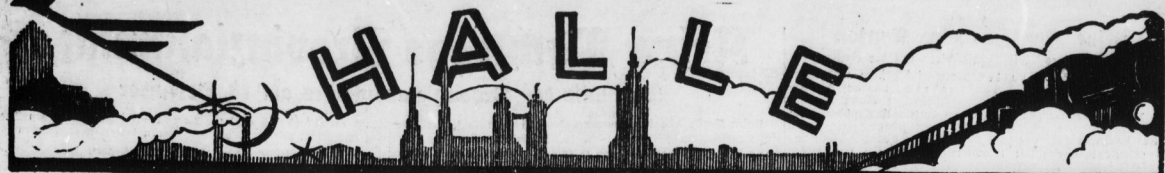
**Landtagsabgeordneter muß schwören und legt sein Mandat nieder**  
Braunschweig, 16. Dezember. (Eigenbericht.)  
Der frühere Fraktionsführer der Nationalsozialisten des Braunschweigischen Landtags, der Abgeordnete Groß, der seinerzeit zusammen mit dem Nationalminister Franzen aus der Naziaktion ausgeklammert war, erklärte in der Dienstagssitzung des Braunschweigischen Landtags unter dem Oberruf seiner ehemaligen Freunde, daß er sein Mandat aus gegen den Widerspruch der Nazis ausüben werde. Die Nationalsozialisten brachen darauf mit Schimpfungen. Sie behaupteten u. a., daß Groß kein Ehrenwort gegeben habe. Am Mittwoch hat Groß entgegen seiner Erklärung vom Dienstag sein Mandat niedergelegt. Er hat andenkend die Entschuldungen seiner Freunde geäußert. — Ein neuer Beweis, daß es hinter den Kulissen die Herren vom Dritten Reich fürchtet sind.

Die Verordnung zur Durchführung der Mietsenkung steht daher vor, daß in solchen Fällen der Vermieter den Mietern eine entsprechende Mitteilung über die im Januar 1932 zu zahlende Miete zusammen lassen muß. Den in der vorstehenden Mitteilung angeführten Betrag müssen die Mieter vorbehaltlich endgültiger Mietfestsetzung zahlen. Spätestens bis zum 25. Januar 1932 muß auch bei Neubauten der Vermieter den endgültigen Mietschilling erteilen. Die Länder haben Stellen zu bestimmen, die im Streitfälle über die Mietermittlungen bei Neubauten zu entscheiden haben.

Eine besondere Vorschrift ist für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen getroffen worden. Diesen Unternehmen, die vielfach einen sehr großen Wohnungsbesitz aus verbuddelten Bauplätzen verwalten, ist die Verpflichtung auferlegt worden, unbekannt das Grundplatz einer möglichst allgemeinen Mietsenkung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vorzunehmen. Die Begründung hierfür liegt in dem gemeinschaftlichen Glauben, mit dem eine Bevorzugung einzelner Wohngruppen, z. B. derjenigen, die in Anlagungenwohnungen wohnen, auf die Dauer unvereinbar ist.

Der Wortlaut der Durchführungsbestimmungen wird im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Die Länderregierungen werden von sich aus weitere Bestimmungen erlassen.





### Wenn jemand eine Reise tut...

Im D-Zug Berlin-Halle sitzt in 3. Klasse ein älterer Herr, geschnitten mit dem Stahlhelmbescheiden. In das gleiche Kuppe steigt ein Berliner Gewerkschaftsangehöriger und -o Straus - einfallend vor diesem schwarzweißen Kugeln den -Borwärts-. Es war gerade die Vorbeimergelung in aller Munde. Und als sich nun zu dem Stahlhelmbescheiden noch einer jeinesgleichen hoden-zusammenhängend findet, glauben die beiden sich verpflichtet zu fühlen, in ihrem Gespräch auch die dreimal des... SPD, genügend betrautendigen zu müssen; denn es war ja ein „Borwärts“-Besitzer da. Bis es diesem dann zuviel wurde und er sich in das Gespräch einmischte. Und als er ihnen nun gar seinen Standpunkt so recht deutlich wie nur irgend möglich klarlegte, glaubte der ältere der Stahlhelmbescheiden seinen letzten und jedenfalls nach seiner Ansicht höchsten und würdevollsten Trumpf ausspielen zu müssen, um sein so arg gefährliches Renommee wieder etwas zu heben. „Gehalten, das ich mich vorstelle, aber erschrecken die nicht“, meinte es aus seinem Munde. „Duerbersteg“, gab er sich zu erkennen.

Damit glaubte er jedenfalls, unserem „Borwärts“-Besitzer einen heillosen Schrecken einjagen zu können. Weit gefehlt! Seelenruhig erwiderte dieser: „Wenn ich nicht! Höre diesen Namen zum erstenmal.“ Nun war das Erschrecken auf der Gegenseite. Das bei diesen Lauten ziemlich überhörselnde Selbstbewusstsein des schon hart am Gesichtsmaschinen grenzt, hatte einen so empfindlichen Stoß erhalten, daß die beiden ganz außer Fassung gerieten. Wie konnte es aber auch in Deutschland nur einen Menschen geben, der bei dem Namen Duerbersteg nicht in Ehrfurcht erschauerte?

Und nun noch etwas höchst Seltsames. In Halle angekommen, stieg nämlich der „Magenallige“ nicht etwa aus 3. Klasse aus, sondern ging erst durch den Bogen nach Zweiter und nahm von dort den Weg ins Freie. Wie leicht hätte doch jemand wieder können, daß dieser „berühmte“ Mann Holzschläger ist. Oder hatte er vielleicht einen anderen Grund zu diesem seltsamen Gebahren?

### Das Brot wird billiger

Auf Grund von Verhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Bäckereigewerbe tritt mit Wirkung vom 21. Dezember an eine Preisreduzierung um 2 Pfennig für das 3-Pfund-Brot ein. Das Brot kostet also von diesem Zeitpunkt an 53 Pf. Wo bleiben die Fleischer?

### Unterhalb 2 Millionen Wohlfahrts-Erwerbslose

Die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten ist, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, im November wieder fast geschlagen. Allein in den Städten mit mehr als 25.000 Einwohnern betrug der Zuwachs 2000, das sind 6,5 Prozent des Standes am Ende des Monats. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände ist demnach der Zuwachs auf mehr als 90.000 zu beziffern, so daß die Gesamtzahl der Wohlfahrtsberechtigten am 30. November 1931 rund 1,5 Millionen betrug.

### Wertwürdigkeiten zur Nordische Akkermann

Vor dem Amtsgericht Halle kam am Mittwochmittag eine Sache zur Verhandlung, die ein interessanter Beitrag zur Nordische Akkermann ist. Es handelt sich um einen Diebstahlsprozess gegen den Berliner Fleischer, der mit der Verurteilung nichts wegen Diebstahls in drei Fällen zu 6 Monaten Gefängnis endete. Zusammen mit 11 Fleischer sollte die Hausbesitzer und Gärtner Akkermann, der, wie gemeldet, am Montag von Fleischer erlöset wurde, von dem Richter beurlauben. Fleischer hatte fernerzeit mit Akkermann eine Anleihe wegen Beteiligung zum Weinobst erlassen zu können, sich sogar selbst des Weinobst bedient. Unter den gegebenen Umständen konnte die Verhandlung gegen Akkermann jedoch nicht stattfinden, so daß Fleischer allein vor dem Richter stand.

### SPD, Ortsverein Halle

Am Freitag, dem 18. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, eine außerordentlich wichtige erweiterte Vorstandssitzung mit den Bezirksführern und Bezirkskassierern statt. Wichtigste und wichtigste Ergebnisse ist Pflicht. Das Sekretariat.

## Überall die gleiche Narrheit

Wirtschaftliche Invernunft ist international. Statt dem einzigen Rettungsweg aus der Weltwirtschaftskrise, eine internationale Planwirtschaft anzubahnen, reiben die Kapitalisten von heute sich und ihre Helfer in sinnlosen Wirtschaftskriegen auf. Die Parole: „Deutsch, kauf nur deutsche Ware“, kann man überall, nur mit ausweichlichen Landesbezeichnungen hören.

„Franzosen, kauft zu Weihnachten nur französische Spielzeug!“ Unter dieser Parole stehen jetzt einige französische Firmen eine Gruppe von Weihnachtsmännern durch die Straßen der französischen Hauptstadt ziehen. Auch das Weihnachtsfest ist in diesem Jahre unter dem Zeichen des ersten Wirtschaftskrieges, den die Kapitalisten der verschiedenen Länder mit Hochschuhyellen und Einfuhrverboten aller Art gegeneinander auskämpfen und damit das heutige Elend vertiefen.



## Das billige Fleisch für die Erwerbslosen

Preisermäßigung für 1 Wd. Fleischfleisch um 30 Pf. für laufende Unterstützungsempfänger des Arbeitsamtes sowie des Jugend- und Fürsorgeamtes mit eigener Haushaltung

Im Rahmen der allgemeinen Winterhilfsmassnahmen erhalten die „laufenden Unterstützungsempfänger“ gemäß ministerieller Anweisung auf ein Pfund Fleisch eine Preisermäßigung von 30 Pf. Die auf Verzeihen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angeordnete Preisermäßigung erfolgt gegen Bezugschein. Da mit der Ausgabe der Bezugscheine umfangreiche organisatorische Arbeit bei den verschiedenen Stellen verbunden ist, werden die Bezugsberechtigten in ihrem eigenen Interesse dringend gebeten, die hierbei in Frage kommenden Maßnahmen genau zu beachten.

### Im einzelnen gilt folgendes:

Die Ausgabe der Bezugscheine erfolgt für Arbeitslosenversicherung- und Arbeitsunterstützungsempfänger bei Auszahlung der Unterstüfung durch das Arbeitsamt. Die Ausgabe durch das Jugend- und Fürsorgeamt erfolgt nur an fortlaufend unterstützte Parteien mit eigener Haushaltung. Jede Partei erhält einen Bezugschein mit einer Abkürzung, lautet auf ein Pfund frisches Rind- oder Schweinefleisch je Woche. Wenn mindestens 5 Personen zusammen unterstützt werden, wird ein zweiter Schein ausgeben.

Die Ausgabe durch das Jugend- und Fürsorgeamt geht wie folgt vor sich: Wohlhabender, werkslos und sonstige Personen mit einer Zahlkarte erhalten die Bezugscheine von beiden Ämtern des Jugend- und Fürsorgeamtes. Demjenigen, der bis zum 23. Dezember einschließlich noch Unterstüfung erhält, wird der Bezugschein bei Auszahlung der Unterstüfung mit ausgeben. Wer jedoch bis zum 23. Dezember Unterstüfung nicht mehr erhält, der bekommt den Bezugschein, wenn sein Familienname mit A B C oder G bis D

beginnt, am Montag, dem 21. Dezember, ab 3 Uhr nachmittags bei den Ämtern; die Parteien mit anderen Familiennamen jedoch erst am Dienstag, dem 22. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Die roten Ausweisarten sind mitzubringen.

Sozialrentner erhalten die Bezugscheine am Sonnabend, dem 19. Dezember, vormittags von 8 bis 13 Uhr, an der Kasse der Rathausstraße, 11. Steinstraße. Als Belege sind die Bescheidabnahme der letzten Unterstüfung mitzubringen.

Die Arbeitgeberinteressen-Unterstützungsempfänger empfangen die Bezugscheine am Sonnabend, dem 19. Dezember, nachmittags 3 bis 7 Uhr, gleichfalls an der Kasse der Rathausstraße, 11. Steinstraße. Als Ausweise sind mitzubringen die Bescheidabnahme der letzten Unterstüfung.

Kriegsbeschädigten-Zusatzrentenempfänger und Arbeitslosenunterstützungsempfänger mit eigener Haushaltung erhalten die Bezugscheine frei ausgehändigt.

Die beteiligten Bevölkerungsteile werden gebeten, sich unbedingt nach dieser Mitteilung richten zu lassen. Eine Ausgabe der Bezugscheine nach Wohnstätten kann mit Rücksicht auf die Winterernte durch das Fleischereigewerbe in keinem Falle erfolgen. Die Einlösung der Bezugscheine ist mit der Fleischergewerkschaft vereinbart worden. Die betreffenden Geschäfte werden durch Ausweis kenntlich gemacht. Die Fleischereigewerkschaften werden gebeten, die Preisermäßigung aus Reichsmitteln wieder erstattet.

## Das Wesen des englischen Staates

Vorträge von Professor Dr. Dörck in der Unterstadt

Die sich eines außerordentlich regen Zuspruchs erfreuenden und gerade in heutiger Zeit so wichtigen öffentlichen Vorträge über den Staat, die die Unterstadt jetzt jeden Mittwoch veranstaltet, fanden am vorigen und gestrigen Mittwoch ihre Fortführung durch Vorträge von Prof. Dr. Dörck über „Entwicklung und Geist des parlamentarischen Staates in England“.

Diese Entwicklung stellt den großartigen Verlauf dar, einen Staat nach den Prinzipien des alten germanischen Genossenschaftswesens, im Gegensatz zu dem Prinzip der Herrschaft, zu gründen. Und diese Entwicklung wurde in der Hauptphase durch ermöglicht, daß das englische Verfassungswesen sich im Laufe vieler Jahrhunderte aus der Praxis heraus entwickelte, seinen Ursprung nie in der theoretischen Abstraktion hatte. Der Parlamentarismus Englands wuchs aus dem Parlament der Ritterschicht heraus. In diesem Parlament, dem geistliche und weltliche Vertreter angehörten, kamen in späterer Mittelalter auch Vertreter der Städte. Allmählich wurde aus diesem ursprünglichen Parlament ein Art Ständeparlament. Die in dieses Ständeparlament Gewählten waren jedoch noch nicht gewählte Vertreter, sondern vielmehr vom König ernannte Privilegierte. Diese Ständeparlamente wandelten sich dann in dem Maße zu modernen Parlamenten, als die Idee sich durchsetzte, daß alle ihre Vertreter Glieder eines einheitlichen Ganzen sind. Das nationale Kongressparlament in England vorhanden war, so wurde hier die Grundlage der parlamentarischen Idee.

Die Demokratie konnte schon so früh in England entstehen, weil die Engländer sowohl das alte germanische Selbstverwaltungsrecht als auch die römische Idee der Zentralverwaltung sehr früh übernahmen und beide Ideen verbanden, wie sie sich in der Praxis am besten schärften. So wurde die Grundlage eines nationalen Rechtsstaates schon sehr früh gelegt. Diese Entwicklung ermöglichte, daß sich in England die sozialen Gegensätze nie so stark ausprägten als auf dem Festlande.

Der allem verdammt der Adel mit dem höheren Bürgertum schon sehr früh, da er den Bürger zum Bundesgenossen im Kampfe mit dem König brachte. Adel und höheres Bürgertum wurden denn auch die eigentlichen Träger der parlamentarischen Entwicklung. Aber auch die anderen Volksschichten kamen in Eng-

land schon recht früh zur parlamentarischen Mitarbeit. Nachdem das Oberhaus jahrhundertlang den Kampf zwischen König und Parlament geführt hatte, kam im Laufe des 18. Jahrhunderts das Unterhaus in die Vormachtstellung. Als eine Art Exekutivkomitee der im Unterhause befindlichen Parteien entwickelte sich das System der Robertverteilung, das Englands Aufstieg mit herbeiführte. Der Vorkursch des Unterhauses blieb es auch überlänglich die großen Reformen in der zweiten Hälfte des 18. und im 19. Jahrhundert zu schaffen. Diese Entwicklung des parlamentarischen Staates mußte im 19. Jahrhundert die Idee des wirtschaftlichen Liberalismus stützen. Daher wurde England früh der Hort des Freihandels, das heißt der von staatlichen Eingriffen freien Wirtschaft. Aus dieser Einstellung heraus ist auch seine ganze Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert zu verstehen.

Die ist England aus wirtschaftlichem Reich gegen Deutschland in den Weltkrieg gezogen.

Die Verfindung der beiden Länder entspringt vielmehr der veränderten Beurteilung Englands durch die deutsche Nationen. Die Idee des parlamentarischen Staates, die England seit und auf seine Revolution übertrug, das elementare Produkt autoritärer und demokratischer Elemente, ist aus einem echt demokratischen öffentlichen Geistes herausgewachsen. Und dieser Geist wird befruchtet von der Meinung, daß der Staat für die Zivilisierten da sein muß, daß der Staatsbürger jedoch sich dem Staat in allig unterordnen soll. Individualistischer und kollektivistischer Geist haben hier ein Staatsvolk geschaffen, das in seiner Reifezeit und Arbeit, seiner Ablehnung aller politischen Abstraktionen und Romantik befristet ist, seinem Parlamentarismus den rechten Geist zu geben.

### Immer wieder nur Schnobbaun

Der Schlichtungsausschuß Halle wies in seiner gestrigen Spruchsammlung den von der Fabrikant lang gehegten Wunsch, den Tarifvertrag vom Oktober 1929 außer der Reihe noch einmal zu verhandeln, ab. Mit Ausnahme der Zeit vom 20. November bis 15. Dezember, bleibt dieser Tarif noch in Ende dieses Jahres in Kraft. Wegen der durch die 4. Rotterdamer getroffenen Bestimmungen soll die Fabrikant mit dem Metallarbeiterverbande neue Verhandlungen aufnehmen.

Wenn Abbau die Parole ist, dann darf natürlich Auto-Rathe in Dremy nicht fehlen. Auch diese Firma wollte einen Ersatzarbeiten erreichen und rief deshalb der Schlichtungsausschuß an. Da die Firma einen Vorschlag des Verfindenden, die Löhne bis Ende Dezember belassen zu lassen und über die Löhne ab Januar neu zu verhandeln, ablehnte, wurde eine Spruchsammlung auf kommenden Freitag anberaumt.

### Reise-Gutscheine

Die Preisstelle der Reichsbahnverwaltung Halle teilt mit: Beim Publikum ist wiederholt der Wunsch auf Ausgabe von Reise-Gutscheinen zu Geschenkweden geäußert worden. Mit solchen Gutscheinen soll die Möglichkeit gegeben werden, für andere Personen die Reisekosten zu bezahlen, ohne diesen den hierzu erforderlichen Geldbetrag auszuhebeln oder zu stellen zu müssen. Das „Mitte-europäische Reisebüro GmbH.“ hat sich jetzt entschlossen, ein solches Verfahren einzuführen.

Die Reise-Gutscheine werden von allen Reisebüros, die Ausgabestellen des Mitteleuropäischen sind, ausgeben. Es werden die allen Ausgabestellen des „Mitteleuropäischen Reisebüros“ in Zahlung genommen, nicht aber bei den Fahrkartenausgaben.

Geltungsdauer der Sonntagsschichttarifen. Um einen zu starken Anstieg zu den am 23. Dezember nachmittags ablaufenden Zügen zu vermeiden, ist die Geltungsdauer der Sonntagsschichttarifen für den 24. und 25. Dezember ausnahmsweise in diesem Jahre auch auf den 26. und 27. Dezember des 23. Dezember, also vom Mittwoch an, ausgedehnt worden.

Hier, hier! In der vergangenen Nacht wurde in der Großen Mühlstraße eine Schmutzschneise eingeschlagen. Der Fahrer ist nicht ermittelt.







# Die Eheberatung

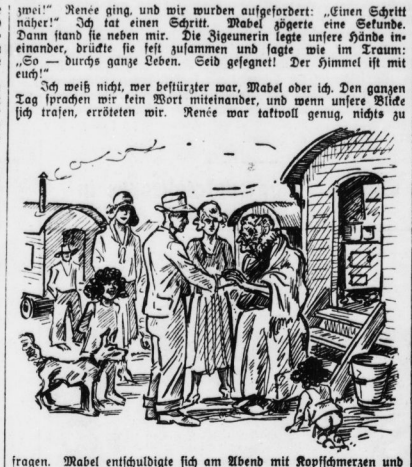


## Die Eheberatung

Ber. Übers. v. Ursel Ellen Jacoby.

## Strasse am Vormittag

Der Morgen stand noch kühl zwischen den hellen Häusern der Siedlung. Quert war der Himmel grau. Dann zerließen sich die Wolken, und die Sonne schüttete ihr Licht auf die faden Dächer...



Der Morgen stand noch kühl zwischen den hellen Häusern der Siedlung. Quert war der Himmel grau. Dann zerließen sich die Wolken, und die Sonne schüttete ihr Licht auf die faden Dächer...

Seit zwei Wochen stürmte und regnete es ununterbrochen. Die Ferkelnungen im Hotel wurden langsam. Keine Schwester und ich beteten es nicht fertig abzureifen, da wir von unfrem zwei-monatigen Winteraufenthalt im Süden loslie...

Meine Schwester fühlte sich zu Mabel hingezogen und forderte sie auf, mit ihr vierhändig Klavier zu spielen. Danach kamen sie in eine lebhaft unterhaltung, an der auch ich teilnahm. Renée und ich waren hingeworfen von diesem aufwallenden Gespräch...

Mabel entgegnete mir am Abend mit Kopfschmerzen und blieb in ihrem Zimmer. Ich hatte eine körperliche Nacht. Endlich wurde mir die Gefühlsverbindung zwischen Mabel und mir klar: die vieler Bedauern...

## Aus der Praxis der Eheberatung

### Die Ehe in Notzeit und Wirtschaftskrise

Man kann bei den Menschen, die die Eheberatung aufsuchen wegen ehelicher Unzufriedenheit, verschiedene Typen unterscheiden, die sich oft wiederholen. Da sind zunächst solche — und sie kommen am häufigsten vor — bei denen der eine Teil die Scheidung wünscht, der andere nicht. Freilich sind es die Männer, die auf Scheidung bringen, während die Frauen sich nicht dazu entschließen können...

gegenüber hat, wenn sie auch nicht immer so förmlich in Erziehung tritt wie bei diesem Manne, weil selten den Wunsch nach Scheidung hegt. Das ist vor allem bei jüngeren Frauen der Fall. Die erkrankten Fälle, in denen die Frauen sich nicht zur Scheidung entschließen können, finden sich häufiger bei länger bestehenden Ehen und bei älteren Weibern. Dennoch kommen die meisten Scheidungen bei Weibern vor, die mehr als zehn Jahre verheiratet sind. Augenblicklich wagt ich von einem Falle, dem eine Ehe bereits seit 32 Jahren besteht und verheiratete Kinder da sind. Diese Ehe war auch früher nie glücklich, doch erst jetzt im Alter fühlen beide Teile, daß sie es unmöglich länger miteinander auszuhalten können...

Die Straße am Vormittag. Der Morgen stand noch kühl zwischen den hellen Häusern der Siedlung. Quert war der Himmel grau. Dann zerließen sich die Wolken, und die Sonne schüttete ihr Licht auf die faden Dächer...

Der Morgen stand noch kühl zwischen den hellen Häusern der Siedlung. Quert war der Himmel grau. Dann zerließen sich die Wolken, und die Sonne schüttete ihr Licht auf die faden Dächer...

Der Morgen stand noch kühl zwischen den hellen Häusern der Siedlung. Quert war der Himmel grau. Dann zerließen sich die Wolken, und die Sonne schüttete ihr Licht auf die faden Dächer...

Der Morgen stand noch kühl zwischen den hellen Häusern der Siedlung. Quert war der Himmel grau. Dann zerließen sich die Wolken, und die Sonne schüttete ihr Licht auf die faden Dächer...





**Teilzahlung!**  
Herren-Anzüge  
Herren-Winter-Mäntel  
Damen-Kleider  
Damen-Winter-Mäntel  
Wäsche - Uhren  
Wohneinrichtung  
**Paul Sommer**  
Leipziger Straße 11 u. 1

Das wichtigste  
Stimmstimmchen  
inferiert im  
**Volksblatt**  
In diese Zeitschrift  
in allen Städten  
des Reichs  
sollen werden

**Möbel**  
ganz ganz bequem  
**Teilzahlung**  
**Küchen 15-**  
Abzahlung von an  
**Schlafzimmer**  
Speise- u. Herrenzimmer  
von 30 Mk. Anzahlung an  
**Einzelmöbel**  
schon von 5 Mk. Anzahl. an  
Ferner:  
Wanduhren, Standuhren,  
Fleischhaken, Steppdecken,  
Gardinen, Teppiche, Korb-  
möbel  
**An- und Abzahlungen**  
ganz sachgemäß, Vereinbarung  
**N. Fuchs**  
Halle (Saale)  
Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III.  
Kredit nach Anschrift.  
Lieferung frei Haus.  
Sonntag 12-6 Uhr geöffnet

**Eilenburg-Torgau**  
**Fitzek**  
Spezial-Casus für Herren- u. Damen-  
bekleidung, Herren- u. Sport-Be-  
kleidung, Herren-Konfektion bei  
und Stoffe  
**Wer bei Fitzek kauft, spart Geld!**  
Preiswert und gut  
tauten Sie Manufaktur- u. Robe-  
waren, Zerknagungen u. Strümpfe  
Damen-Konfektion bei  
**ROST, Torgau**  
Uhrenberger Str. 7 Zierpöten 21.  
Abteile der Wollt-Sparware.  
**Preiswert und gut**  
taut man

schles. Hasenschul,  
**Rheuma**  
Gliederreihen, Neuralgie  
(Nervenschmerzen), Sichel  
Gern teile ich kostenlos ein einfaches  
Mittel mit, das mir und zahlreichen  
Patienten in kurzer Zeit half. Ueber  
4000 Dankbriefe, (ich verkaufe nicht),  
Frankfurter Markt 14, Winkels H 31

**Lebensmittel, Drogen  
und Farben**  
**Germania-Drogerie**  
**A. Grube**  
TORGAU, Paradeplatz 14

**Kaufe bei J. Lewin**  
Das neueste Groß-Kaufhaus  
Markt 3-5

**Korn & Zöllner, Halle (Saale)**  
Fernspr. 237 63 Brüderstr. 13 Fernspr. 237 65  
empfehlen sich beim Einkauf von prima Werk-  
zeugen, Baubeschlägen, Eisenwaren und  
Dekorations-Artikeln

**Beschlags-Instalt Willy Lutz, Halle an der Saale**  
Krankenbergerstraße 7 (gegenüber dem Klinikum)  
Gegründet 1907 Fernspr. 259 20 Gegründet 1907

**Praktische  
Weihnachts-  
Geschenke!**  
Föhn-Apparate  
Elektr. Plättchen  
Heizkissen  
Bambelbeleuchtungen  
Beleuchtungsgehäuse  
Heizlampen  
Staubsauger usw.  
**Otto Gröbel**  
Wilhelmstr. 444  
Tel. 291 64.

**Antilige Bekanntheitsungen**  
Bekämpfung des Betrugs durch die Unterhaltungs-  
Anstalten um 30 bis 40 Jahre her. Der Preis der  
Zeitschriften, die Ausgabe der Zeitschriften und alles  
andere ist aus einer Bekanntheitsung an den Empfänger  
zuständig.  
Die best genannten Ausgaben müssen unbedingt ein-  
gehalten werden.  
Halle, den 17. Dezember 1931.  
Der Republik, Jugend- und Hilfsverein.  
Bekanntgabe des  
Leitende Sitzung des Amtsgerichts  
30. 12. 1931.  
Ollie (Saale), den 7. Nov. 1931.  
Gegenwärtig: Amtsgerichtsamt Kommando des Amtsgerichts,  
Kriegsgericht Halle als Urteilsinstanz der Bekanntheits-  
Anstalten des Schlichters Otto Conrad, zur Zeit im  
Kriegsgerichtsamt hier, gegen den Richter Friedrich  
in Halle wegen Betrugs.  
Bei Kauf der Bekanntheitsung:  
1. sorgfältig, bei Betrugsfällen,  
2. bei Angelegenheiten und Rechtsangelegenheiten.  
Die Bekanntheitsung beginnt mit dem Kauf der Zeitschriften  
zu bestehen: a) bis.  
Die Bekanntheitsung ist folgende Bekanntheitsung:  
Die Bekanntheitsung besteht sich, innerhalb 3 Wochen, von  
aus an geschickter, folgende Erklärung in dem „Volksblatt“  
ist keine Bekanntheitsung zu berücksichtigen:  
Ich habe, von Schlichter Otto Conrad aus Halle  
durch die Bekanntheitsung, er habe den Geschäftsführer Otto  
Zimmermann betrogen, betrogen zu haben. Ich nehme die  
Bekanntheitsung mit dem Kauf der Bekanntheitsung zurück.  
Friedrich Friedrich Friedrich, Halle.  
Der Bekanntheitsung gibt sich mit dieser Erklärung zufrieden  
und verzichtet sich, die Bekanntheitsung und wegen einer anderen  
Bekanntheitsung erheben Bekanntheitsung zurück zu nehmen.  
Die gerichtlichen Rollen übernehme mit dem Bekanntheitsung, die  
ausgerichtlichen Rollen werden gegenseitig aufgehoben.  
a. b.  
Der Bekanntheitsung erklärt:  
Ich nehme die erheben Bekanntheitsung zurück. (600)  
Schlichter und verzichtet:  
Das Bekanntheitsung wird auf Rollen des Bekanntheitsung ein-  
schick, unbekannt bei in diesem Bekanntheitsung getroffen  
unbekannt Rollenregelung.  
ge. Kommando, ges. Dietrich.

# Lebensmittel

**In bekannter Güte u. Preiswürdigkeit!**

<p><b>Für d. Weihnachtsbühnen</b></p> <p>Korinthen . . . . . Pfund <b>0.50</b> Sultaninen . . . . . Pfund <b>0.65</b> Zitronen . . . . . Pfund <b>1.00</b> Mandeln . . . . . Pfund <b>1.50</b> Walnüsse . . . . . Pfund <b>0.70</b></p> <p>Unsere berühmte, geb. <b>Salami</b> das Pfd. 1.20, das ¼ Pfd. <b>0.30</b></p> <p>Vanille-Zucker . . . . . 0.25 7 Pakete . . . . . 0.25 Vanille Glasierte mit 3 Stangen . . . . . 0.25 Weizen-Auszug . . . . . 1.00 Marke, Salaperie ¼ Pfund 3 Tafeln Kokostee . . . . . 0.95 Rinderalg garantiert rein . . . . . Pfund 0.40 Margarine . . . . . Pfund 0.34</p>	<p>Ein guter Tropfen Wein erhöht die Festfreude</p> <p>Wir bieten an:</p> <p>Laubenheimer . . . . . 0.75 ohne Flasche Niersteiner Domtal . . . . . 1.00 ohne Flasche Liebraumlich . . . . . 1.00 ohne Flasche Cluserather-Riesling . . . . . 1.25 ohne Flasche 1928 Bordeaux-Médoc . . . . . 0.75 ohne Flasche Ungsteiner Rotwein . . . . . 1.00 ohne Flasche Grand-Médoc-Verheil . . . . . 1.20 ohne Flasche 1927 Chateau de St. Génes-Castillon ohne P. . . . . 1.50 Saint-Julien Médoc . . . . . 2.00 Bordeaux ohne Flasche Montagne Operischer Rotwein . . . . . ohne Flasche Malaga oder Insel Sancerre  . . . . . 1.00 Tarragonarisch, Muskat oder Wermutwein in Flasche  . . . . . 1.00</p> <p><b>Konfituren</b> Baumbeere . . . . . 0.18 ¼ Pfund 0.40 0.20 0.35 Schokoladennüsse ¼ Pfund . . . . . 0.25 Lebkuchen und Pfeffer- kuchen in versch. Packungen Paket . . . . . 0.35 0.25 0.22 Pflastersteine ¼ Pfund . . . . . 0.25</p>	<p><b>Fleisch- und Wurstwaren</b></p> <p>Topfsülze . . . . . ¼ Pfund <b>0.10</b> Thüringer Sülzwurst . . . . . ¼ Pfund <b>0.20</b> Landleberwurst . . . . . ¼ Pfund <b>0.22</b> Braunsch. Bier- wurst . . . . . ¼ Pfund <b>0.30</b> Gekochter Schinken <b>0.38</b> ¼ Pfund</p> <p><b>Hausfrauen aufmerken!</b> <b>Rollschinken</b> met und mild, das ¼ Pfd. <b>0.35</b></p> <p><b>Käse - Konserven</b></p> <p>Edamer Käse ¼ Pfund <b>0.15</b> Tilsiter Blockkäse <b>0.50</b> Allgäuer Schweizer riesig billig . . . . . ¼ Pfund <b>0.24</b> Heringe 1. Tomatenauce Dose <b>0.50</b> Rollmops Sonderangebot . . . . . Dose <b>0.50</b></p>
---	---	---

**Unser gesamtes Haus steht im Zeichen der Billigkeit für das bevorstehende Weihnachtsfest!**

# Karstadt

Halle-Saale      Fernsprecher 263 78      Große Ulrichstraße 59-61

## Schenkt Bücher

denn sie bereiten große und dauernde Freude!

**Kommt zu uns!**

Ihr könnt selbst nach Herzenslust  
auswählen. Auch helfen wir Euch gern  
bei der Auswahl. Jedes nicht im  
Laden vorrätige Buch wird schnellstens  
besorgt. Wer nicht selbst kommen  
kann, dem senden wir auf Anfordern  
umsonst unser neuestes  
**Bücher-Verzeichnis**

Schaff gute Bücher in dein Haus.  
Sie strömen edle Kräfte aus  
Und wirken als ein Segenshort  
Auf Kinder noch und Enkel fort.

Hier gibt es schon für wenig Geld  
gute, wert. Bilder-, Märchen-,  
Jugend-Bücher, Romane, Reise-  
werke usw. - Sozialist. Literatur

## Volksblatt-Buchhandlung Halle S.

Große Ulrichstraße Nr. 27  
Sonntag nachmittag von 1 bis 6 Uhr geöffnet

Christian Rohlfen  
Schulmadergasse  
Rüdberg  
Wasch- und  
Reparatur-  
werkstatt

**Wacum  
der  
Herger**

mit all dem un-  
nütigen Gegen-  
ständen, die im  
Haus herum-  
liegen. Waschen  
Sie doch die-  
selben gleich  
zu Bett. Die  
Wäsche kann  
schon besser  
aufbewahrt  
werden. Der  
Wäschehalter  
gebrauch. Er  
kleine Wäsche  
im „Volksblatt“  
behalten!

Einmal  
aller Rohlfen  
Verkauf aller  
Bücher  
Gehr, Danziger  
Str. 11 u. 2.

**Deckt Euren Weihnachtsbedarf nur bei unseren Inserenten!**  
**Das seid Ihr Eurer Zeitung schuldig!**



# Was können die kommunalen Weiriche tun?

## Städte und Preissenkung Neue Reichshilfe gefordert

Vom Mittwoch haben Verhandlungen zwischen dem Deutschen Städtebund und dem Reichspräsidenten Dr. Brüning über die Sanierung der Gemeinden nach dem Weltkrieg begonnen. Die wirtschaftliche und psychologische Lage, die Preise der Versorgungsvorrichtungen und die Belastung der Bevölkerung sind heute, so es in jüngsten Jahren allgemein anerkannt. Andererseits sieht man „gemischte“ Grenzen der Durchführung, die vom Deutschen Städtebund wie folgt formuliert werden:

„Die Grenzen der Durchführung liegen darin, daß ein wesentlicher Teil der Tarife eine Verbrauchssteuer darstellen, die zum Teil der kommunalen Erwerbslosenfürsorge erhoben wird. Die Einnahme aus einer solchen Verbrauchssteuer ist bei der Finanzierung der Gemeinden fastlich notwendig; in der Reichsanwaltschaft vom 5. Oktober hat die Reichsregierung sogar eine Erhöhung der Tarife wegen der Umfindung kurzfristiger Kredite ins Auge gefaßt. Bei den Verbrauchsarten wird das Ausmaß der Tarifentlastungen höher sein als bei den Versorgungsarten, nicht nur wegen des größeren Sozialanteils an den Geldeinnahmen, sondern auch wegen des möglichen Erlasses der Verbrauchssteuer. Somit bei den Versorgungsarten die Geldeinnahmen durch die Entzerrung der Löhne, des Zinses und des sozio-politischen niedriger geworden sind, ist auch hier eine Ermäßigung der Tarife möglich. Allerdings macht der Anteil von Stoff und Lohn bei den beträchtlichen Kapitalwerten für ausländische Knießen und neben den hohen Anforderungen an die Gläubiger nur einen verhältnismäßig geringen Anteil der Bruttoerträge aus.“

Die Darstellung des Deutschen Städtebundes kommt zu dem Schluß, daß die Senkung der Tarife in gewisser Beziehung von der Bereinigung und der Höhe einer Reichshilfe für die kommunale Erwerbslosenfürsorge abhängt. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß die letzte Notverordnung für die Gemeinden und Gemeinverbände eine besondere Reichshilfe als Beitrag zu den Kosten der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge brachte.

Geiseltig aber wurde die Reichshilfe durch Maßnahmen der Reichs- und Länderverwaltungen zu einem wesentlichen Teil unwirksam gemacht, indem die Kommunen durch die Befestigung in der Arbeitslosenversorgung und die Erhöhung des Gemeindeanteils in der Arznenfürsorge mit 30 Millionen Mark und wegen des Vorfalls der Landesämter mit 70 Millionen Mark mehr belastet wurden. Abgesehen von diesen Steuerzuflüssen und einem weiteren Anstieg der Zahl der Erwerbslosen fürsorge wird darauf hingewiesen, daß ursprünglich die Befestigungssumme 90 Proz. der fürsorgekosten tragen sollte und die Arznen- und Wohlfahrts-erwerbslosen fürsorge nur 10 Proz.

Heute liegen die Dinge so, daß auf die Versicherungssumme, die Arznen- und Wohlfahrts-erwerbslosen fürsorge je ein Drittel der Kosten entfallen. Das macht eine Neueingelung notwendig.

Ueber die Entlohnung der Kommunalmitarbeiter wird folgende Darstellung gegeben:

„Auf Grund zuverlässiger Schätzungen mußte man Mitte Oktober mit einem kommunalen Nettobehalt von 400 bis 425 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1933/32 rechnen. Die Notverordnung vom 8. Dezember bringt für die Kommunen im finanziellen Gesamtergebnis folgendes: an Entlohnungen durch die Gehaltsentlastung etwa 42 Millionen, durch die Zahlung bei den Rammelerarbeitern 5 Millionen, durch die Goderung der gehobenen Fürsorge 3 Millionen, durch die Einstellung 25 Millionen, an Erparnis tatsächlicher Ausgaben durch die Beseitigung 10 Millionen, durch die Erhöhung der Umgelegtener 30 Millionen und durch die Goderung der Reallohnsteuern 15 Millionen. Insgesamt also nur um 135 Millionen Mark weniger. Die Aufhebung der Mineralölsteuer ein Ausfluß von etwa 5 Millionen Mark entsteht. Die Mineralsteuern an einem Einkommen- und Körperschaftsteuer werden gegenüber 1930 nicht weniger als 40 Mark betragen. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeinverbände verbleibt demnach nach der Notverordnung ein Nettobehalt von 250 bis 275 Millionen Mark für 1931/32. Die Reichsregierung nimmt an, daß die Dritte Notverordnung den Reichshaushalt ausgleicht, sie macht sich aber, wie aus dem amtlichen Kommuniqué vom 9. Dezember hervorgeht (in dem gelagt wird, daß die Reichsfinanzen ausgleichend seien, selbst wenn sich bei den Gemeinden eine neue Reichshilfe notwendig machen sollte. Reb.), mit vollem Recht auf die Notwendigkeit einer weiteren Reichshilfe für die kommunale Erwerbslosenfürsorge.“

Der engere Kontakt des Deutschen Städtebundes hat sich am Mittwoch mit der Situation befaßt und mit besonderer Dringlichkeit auf den Ernst der Lage der Städte hingewiesen. Darüber wird folgendes Kommuniqué verbreitet:

„Während die Reichsanwaltschaft für Arbeitslosenversorgung nach ihrem letzten Ausweis Vorschläge vorgehen kann, liegt die Zahl der Erwerbslosen, die ausschließlich durch den kommunalen unterhalten werden, vom Monat zu Monat. Die Zahl der Erwerbslosen der Gemeinden durch die Wohlfahrts-erwerbslosen beträgt gegenwärtig mehr als eine Milliarde Mark. Die Unterstützungssumme lassen sich in den bei weitem meisten Gemeinden nicht mehr bezahlen; der durchschnittliche Tageslohn des Erwerbslosen ist gegenwärtig nicht mehr als ein Mark. Unter diesen Umständen ist es angebracht, die sofortigen Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge durch die Wohlfahrts-erwerbslosen und die Unterstützung, den Aufgabebau noch weiter wesentlich zu verstärken, notwendig, daß die Reichsregierung den in Aussicht genommenen Reichszuschuß für die gemeindliche Erwerbslosenfürsorge möglichst schnell und möglichst hoch leistet. Die Finanz- und Kassenämter der Gemeinden müssen rasch gehoben werden, damit die Weiterzahlung der Unterweisungen, Löhne, Gehälter und Zinsen gesichert wird. Der Städtebund hat schon mehrfach gefordert, die Reichshilfe nicht in Form von Zerstörungen zu zahlen, sondern schlußendlich nach der überdurchschnittlichen Belastung mit Wohlfahrts-erwerbslosen zu verteilen.“

## Die Gefahren des Abbaues der Mieterschutzgesetzgebung Der Reichsbund der Mieter fordert

Der Vorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter begrüßt in einer Entschließung, die der Regierung und den Parteien zugestellt worden ist, den Beginn einer Rückführung der überhöhten Mieten auf den Stand der Vorkriegszeit. Es müßten aber ungenügende weitere Maßnahmen ergriffen und bald durchgeführt werden, um das Einbüßen der Mietenentlastung zu erreichen. Vordringlich sei eine weitere Entzerrung der Neubauten. Die Entschließung des Reichsbundes beschäftigt sich damit mit dem Abbau der Mieterschutzgesetzgebung und stellt fest:

„Die Reichsregierung hat dem egoistischen und unsozialen Streben der Hausbesitzer nach beschleunigtem Abbau der erteilten Mieterschutzgesetzgebung stattgegeben, indem sie das erste vor einem Jahr beschlossene Endeckungsmaß für die Lösung des Mieterschicksals und des Mieterschicksals durch die Dritte Notverordnung am 1. Januar 1932 erwidert hat. Die Verletzung der Reichsregierung, daß vor dem Aufheben der Mieterschutzgesetzgebung die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete „unter sozialen Gesichtspunkten ausgelegt“ werden sollen, hat an Wert verloren durch die Tatsache, daß neben anderen — zum Teil recht weitgehenden — Goderungen die Beseitigung der Güterentlastungen bei den Mietscheinungssachen und Mietscheinungssachen am 1. Januar 1932 erwidert worden ist; bildet daß die Entzerrung der Mieten einen wesentlichen Bestandteil des vom Reichsbund Deutscher Mieter geforderten sozialen Miet- und Wohnrechts. Auch die Beseitigung des Schutzes für die Neubauten und die Unterermieter greift in die für die Mieter zu schaffenden neuen Sicherungen in erheblichem Maße ein. Der Vorstand des Reichsbundes erhebt gegen diese Maßnahmen die Forderung, der Dritten Notverordnung öffentlichen Protest, insbesondere auch gegen die Mieterschutzgesetzgebung, die die Mieterschutzgesetzgebung um 100 Prozent an Wert vermindert.“

## Öffentliche Verfassungen Die preussischen Ausführungsverordnungen zum „Weinachtsfrieden“

Der Preussische Minister des Innern hat sich am 31. Dezember 1932 mit dem Reichspräsidenten über die Ausführung der Bestimmungen der Weimarer Verfassung zur öffentlichen Verfassung der Reichsgesetzgebung erlassen, dessen wir über das Verbot öffentlicher Versammlungen folgendes entnehmen:

Für die Beurteilung der Frage, ob eine Versammlung als öffentliche Versammlung anzusehen ist, kommt es maßgeblich darauf an, welchem Personkreis die Teilnahme gestattet ist. Öffentlich ist grundsätzlich jede Versammlung, zu der der Zutritt für nicht vorher namentlich oder sonst individuell bezeichnete Personen bestimmt ist, gleichgültig, ob die Zwecksetzung gewisser Bestimmungen, jedem gestattet ist, gleichgültig, ob die Zwecksetzung zur Teilnahme von vornherein eine allgemeine ist oder ob die ursprüngliche Beschränkung auf bestimmte Personen bei Abwägung der Verhältnisse tatsächlich aufgegeben wird. Die Beschränkung der Teilnahme in der Entlohnung als öffentliche oder als nichtöffentliche kommt es nicht an.

Reinöffentliche Versammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen. Sie können vielmehr auch öffentliche Versammlungen sein, wenn die Teilnahme auf einen bestimmten Kreis von innerschlüssigen, bestimmt oder unbestimmt bestimmten Personen beschränkt ist, wie es auch unter Erfüllung gewisser Bedingungen, jedem gestattet ist, gleichgültig, ob die Zwecksetzung zur Teilnahme von vornherein eine allgemeine ist oder ob die ursprüngliche Beschränkung auf bestimmte Personen bei Abwägung der Verhältnisse tatsächlich aufgegeben wird. Die Beschränkung der Teilnahme in der Entlohnung als öffentliche oder als nichtöffentliche kommt es nicht an.

Reinöffentliche Versammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen. Sie können vielmehr auch öffentliche Versammlungen sein, wenn die Teilnahme auf einen bestimmten Kreis von innerschlüssigen, bestimmt oder unbestimmt bestimmten Personen beschränkt ist, wie es auch unter Erfüllung gewisser Bedingungen, jedem gestattet ist, gleichgültig, ob die Zwecksetzung zur Teilnahme von vornherein eine allgemeine ist oder ob die ursprüngliche Beschränkung auf bestimmte Personen bei Abwägung der Verhältnisse tatsächlich aufgegeben wird. Die Beschränkung der Teilnahme in der Entlohnung als öffentliche oder als nichtöffentliche kommt es nicht an.

Reinöffentliche Versammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen. Sie können vielmehr auch öffentliche Versammlungen sein, wenn die Teilnahme auf einen bestimmten Kreis von innerschlüssigen, bestimmt oder unbestimmt bestimmten Personen beschränkt ist, wie es auch unter Erfüllung gewisser Bedingungen, jedem gestattet ist, gleichgültig, ob die Zwecksetzung zur Teilnahme von vornherein eine allgemeine ist oder ob die ursprüngliche Beschränkung auf bestimmte Personen bei Abwägung der Verhältnisse tatsächlich aufgegeben wird. Die Beschränkung der Teilnahme in der Entlohnung als öffentliche oder als nichtöffentliche kommt es nicht an.

## Wertspionageprozess in Ludwigshafen Die RSD, für 500 Mark in Dienste Rußlands

Ludwigshafen, 16. Dezember. (Eigenber.) Am Dienstag begann hier der Wertspionageprozess gegen den Leiter der Chemiewerke der Reichsbund der Arbeiterpartei, Ernst Schmitt. Im Verlauf der Sitzung, die bis 12 Uhr anhielt, wurden 10 Personen zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt.

Schmitt und der Mißlingende Diensthabe werden beschuldigt, den Angeklagten Schmitt von den 30 Jahren voran zu haben, Berichte über chemische Geheimverfahren auszuwerten. Diese Berichte waren für Rußland bestimmt. Trotzdem der Landstand ziemlich klar liegt, betreiben alle Angeklagten, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Am Dienstag gelang der Angeklagte Schmitt im Verlauf der Sitzung, daß für geleistete Dienste etwa 400 bis 500 Mark gezahlt worden sind.

## Der Dank der Agrarier Eine Erklärung an Hindenburg

Die nationalsozialistische deutsche Agrarpartei hat sich am 16. Dezember 1932 an den Reichspräsidenten Hindenburg eine Erklärung abgegeben, in der sie ihm für die Entlassung der Agrarminister Dr. Brüning und Dr. Brüning dankt.

Die Agrarminister Dr. Brüning und Dr. Brüning haben die Interessen der Agrarwirtschaft nicht nur vernachlässigt, sondern sie auch gefährdet. Die Agrarminister Dr. Brüning und Dr. Brüning haben die Interessen der Agrarwirtschaft nicht nur vernachlässigt, sondern sie auch gefährdet.

## Drittes Opfer einer Tragödie

In Berlin-Adlershof folgte der 30-jährige Kaufmann Gerlach, dessen Frau am Sonntag nachmittags ihren Selbstmord beging, das dritte Opfer einer Tragödie. Gerlach wurde nach dem Verfall, der bei ihm einen schweren Brechenschlag verursachte, von seiner Frau ertränkt, die nach dem Verfall der Besinnung erlosch.

## Phitadelphia ist zahlungsunfähig

Die Stadt Philadelphia ist zahlungsunfähig und auf der Liste der insolventen Städte. Die Stadt hat eine Verschuldung von 1,7 Millionen Dollar. Der Fall hat zu einem erheblichen Anstieg der Staatsverschuldung geführt.

## 31000 Mark unterfalschen Bei der Wiesbadener Geschäftsstelle der evangelischen Versicherungsvereine sind Unterscheidungen von 31000 M. aufgefunden.

Bei der Wiesbadener Geschäftsstelle der evangelischen Versicherungsvereine sind Unterscheidungen von 31000 M. aufgefunden. Der Geschäftsführer Adolf Bender ist seit einigen Tagen flüchtig.

## Unterbredung des englischen Flottenbauprogramms

Der Londoner „Daily Telegraph“ will wissen, daß die Regierung die Suspension des ganzen britischen Flottenbauprogramms mit Ausnahme der U-Boote erwägt. Die Suspension würde, wie das Blatt meint, zeitweilig sein und vom Ergebnis der Verhandlungen abhängen.

## Freis Kunsthochverstandiger Er wird vom thüringischen Landtag entlassen

Das thüringische Volksbildungsministerium hat den Kunsthochverstandigen Freis entlassen. Er wird vom thüringischen Landtag entlassen.

## Ehrenfest soll ausgeliefert werden

Die österreichische Regierung hat am Dienstag endlich beschlossen, gegen den in Haft genommenen früheren Leiter der österreichischen Kreditanstalt, Ehrenfest, Haftbefehl anordnen zu lassen. Es wird bei der portugiesischen Regierung zugleich den Antrag auf Auslieferung Ehrenfest gestellt.

**Verbands-Kalender**

der Christenheit der SPD, Sozialistischen Frauen- und Jugendvereine im Bezirk Halle-Vertriebs- / Bezirks-Verwaltung Halle a. S., Park 42-44, Gr. Ulrichstr. 6, Fernruf 3100 und 3701

**Halle.**  
 203. Gruppe Süd. Freitag, den 18. Dezember: Oratorienabend, Sonntag den 19. Dez. 9 Uhr. Gedenken an den Weltkrieg. Gedenken an den Weltkrieg.

**Aus dem Bezirk.**  
 Tauscha. Sonnabend, den 19. Dez. 20 Uhr im Saal: „Deutscher Winter“ - Gedenkstunde. Thema: „Warum interessieren wir uns nicht?“ Referent: Postel, Prandl (Zorgau).  
 Zerna. Sozialistische Frauengruppe und Arbeiterklub. Sonntag, den 20. Dezember, 15 Uhr im Saal: „Wintergezeiten“ - Gedenkstunde. Die Arbeitergruppe wird den Gedenkstunden ihre Adressen mitteilen. Gedenken an den Weltkrieg und Gedenken an den Weltkrieg.

**Werbi' neue Leser!**

**CAPITOL**  
 Lauchstädter Str. 1 Tel. 334 40

Ab heute  
 Die Süsser-Tonfilm:  
**Die Frau - Die Nachtigall**  
 mit Werner Fritzer  
 Die Aufnahmen wurden unter schwierigsten Umständen im tropischen Urwald aufgenommen.  
 Als 2. Schalter:  
**Der Herrgottschneider von Oberammergau**  
 nach dem Roman von Ganghofer

**Freitag:**  
**Schlachtfest**  
 fr. geräucherter und frische Würst  
**F. Kleine, Merseburg**  
 Große Sixtstraße 12

ZIEHUNG 19 UND 21. DEZEMBER 1931  
**Arbeiter-Wohlfahrt**  
 Kaufkraft-Lose  
**50.**  
 Doppellose 1 RM.  
 Porto und Liste 30 Pfg. extra

143 000 Gewinne und 3 Prämien im Gesamtwert von  
**500 000 RM.**  
 Höchstgewinn auf ein Doppellos im Werte von  
**60 000 RM.**  
 Höchstgewinn auf ein Einzellos im Werte von  
**30 000 RM.**  
 2 Hauptgewinne im Werte von je RM.  
**20 000**  
 2 Hauptgewinne im Werte von je RM.  
**15 000**  
 U. S. W. U. S. W.

**Glücksbriefe**  
 mit 10 Losen 8 RM.  
 mit 20 Losen 10 RM.  
 88-prozentige Gewinne werden auf Wunsch mit 30 Prozent ausgeteilt.  
 Lose sind zu haben bei den Funktionären der Arbeiterwohlfahrt und an den durch Plakate ersichtlichen Stellen.

**Sulfaninen**  
 1 1/2 und 1/4, 8, 68, 60 und 40 Pfg.  
**Corin hen**  
 1 1/2 und 1/4, 55 Pfg.  
**Mandeln, süde**  
 1 1/2 und 1/4, 4 und 126 Pfg.  
**Schmelzmargarine**  
 1 1/2 und 1/4, 60 Pfg.  
**Citronat** . . . . 1 Pfd. 100 Pfg.  
**Mohn, brau** . . . . 1 Pfd. 40 Pfg.  
**Margarinersatz**, s. 1 Pfd. 48 Pfg.  
**Kakao, geröstet**, 1 Pfd. 38 Pfg.  
**Walnüsse** 1 Pfd. 60 u. 40 Pfg.  
**Hase nüsse** . . . . 1 Pfd. 55 Pfg.  
**5 Prozent Rabatt**  
 auf alle Waren.  
**Louis Eisfeld**  
 Erdbeerstraße 15 am Markt

**Stadtheater**  
 Heute, Donnerstag, 20 bis gegen 23 Uhr:  
**Die Dubarry**  
 Operette in 3 Akten von U. Weill  
 Operette-Musik von J. Hildbrand  
 Dubarry: Minnerose Baumgarten als Golt.  
 U. Weill  
 22 1/2 Uhr:  
 Die Teil aus Wien  
 Operette von Ernst Krenek  
 Regie: Gerhard Lamprecht  
 Vorstellung bei 3. Stammjahr.  
 Heute erbt  
**Besonders preiswert**  
**Geschmackvolle, formobdun-**  
**Schlafzimmer**  
 große Auswahl  
 1000,- 850,- 750,- 600,- 550,-  
**350,- RM.**  
**Gebr. Jungblut**  
 Albrechtstr. 37

**Ufa-Theater Alte Promenade**  
 Morgen, Freitag, Erstaufführung  
**Emil und die Detektive**  
 Der neue Ufa-Film nach dem Roman von Erich Kästner.  
 Regie: Gerhard Lamprecht.  
 In den Hauptrollen:  
**Frits Rasp, Käthe Haack, Rolf Wenckhaus, Hans Schaaf** u. a.  
 Wollen Sie wieder einmal über etwas völlig Neues, Herzerfröhliches, Amüsantes recht herzlich lachen, das Sie noch lange daran denken werden -  
 Möchten Sie aber auch jenen bestimmten „Schul-Sensation“ nicht missen, der Sie in ständiger Spannung und Aufregung hält -  
 Erwarten Sie gleichzeitig einen äußerst unterhaltsamen Rahmen, der Sie fesselt und begeistert -  
 Wünschen Sie schließlich dazu eine schmeizige, mitreißende Musik, so finden Sie alles vorant in diesem neuen Ufa-Film.  
 Werktags: 4.00 6.10 8.20 Uhr.  
 Sonntags: 3.00 4.10 6.10 8.20 Uhr.  
 Wir erinnern an die verbilligten Nachmittags-Vorstellungen. - Jugendliche zahlen: zur ersten Vorstellung kleine Preise.

**Bel Geschenken an Bücher denken!**

**Praktische Weihnachtsgeschenke**  
 für Ihre Angehörigen finden Sie in unserem Ausstellungsraum Markt 1 (Rathaus)  
**Licht- und Kraftwerke Torgau GmbH.**  
 Torgau :: Fernruf: Sammel-Nr. 846

**Nachruf.**  
 Gestern erreichte uns die schmerzliche Nachricht, daß der Genosse  
**Kurt Heyne**  
 aus Bockwitz infolge des vor wenigen Tagen erlittenen Motorradunfalls verstorben ist.  
 Wir fühlen uns mit dem so plötzlich Verstorbenen besonders verbunden, weil er Mitglied unserer Pressekommission war und er uns im Laufe der Jahre ein guter Berater und Mitarbeiter wurde. Seine immer unermüdete Tätigkeit in der Arbeiterbewegung galt nicht zuletzt auch dem Volksblatt, dessen Interessen er immer mit Eifer wahrnahm. Wir werden daher seiner stets dankbar gedenken.  
 Halle a. S., den 17. Dezember 1931.  
**Verlag Volksblatt Die Pressekommission**  
 Bäcker Moller

**Ueber**  
**25 000 Schokoladen - Lebkuchenpakete gratis!**  
 In der Zeit vom Freitag, d. 18. Dezember 1931, bis Sonntag, den 20. Dezember 1931, erhält jeder Kunde, der im Werte von RM. 1,- in einer meiner Verkaufsstellen einkauft, ein **Schokoladen - Lebkuchnenpaket** enthaltend 4 Stk. mit der Schokolade überzogenen Lebkuchen in Glasverpackung, gratis!  
 Nutzen Sie diese günstige Einkaufsgelegenheit!  
**Imr Zinkhübner**  
 Otto Flemming  
 Marsburger Str. 103 Leipziger Str. 61/62  
 Halle a. S.

**Ueberlegen Sie nicht lange**  
 wo Sie Schuhe kaufen. Nur bei  
**H. WIEBACH**  
 Kleine Ulrichstraße 11-12  
 Dort kaufen Sie gut und billig. Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderschuh, Filz-, Kamuhhaar- und Überschuhen zu bekannt billigen Preisen.  
 6014

**Sonder-Angebot!**  
**Deutschland in Bildern**  
 186 Bilder aus deutschen Städten und Landschaften  
 nur  
**Mark 1,25**  
 Zu beziehen durch:  
**Volksblatt-Buchhandlung**  
 Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

**Zum Fest**  
 empfiehlt die  
**Nordsee**  
 Deutschlands größte Fischhandlung  
 Große Ulrichstraße 55  
 Bernburger Str. am Heide  
 Steinweg 30a (Kamisch, Blah)  
 Weißenfels, Jüdenstr. 1.  
**Billiger als im Vorjahre**  
 unsere rühmlichst bekannten, fetteren, zarteren, köstlich frischen  
**Weihnachts-Aale**  
 in Dreijenausschlag.  
 Ebenfalls sehr preiswert:  
 Oelsardinen u. Fischdelikatessen  
 zum Fest gern ergehen.  
 Alle Delikatessen zu allen Preisen.  
**Lebende Karpfen**  
 alle Größen, Spiegel und Schuppen, feinste reimschmeckende Ware . . . . **110,-**  
 Ferner:  
**Täglich frische Seefische**  
 Grüne Ervinge . . . . 2,- 2,-  
 Schellfisch ohne Kopf . . . . 2,- 2,-  
 Ferner:  
**Echte Sprrorten** Pfund-Stück **38,-**  
**Zum Heringsalat:**  
**Scadib. Bollberinge**  
 10 Stück 45 und 75,-  
 Roteshering, Rapen, Perlschwamm, laute Sardellen, etc. und Gewürzarten  
 Feinschnitt, Marinade, etc. etc.  
 - für Sorte von 5 B. Apfel.

*Etwas wünschen aber es muss Hand u. Fuß haben*  
  
**BRUMMER**  
**BENJAMIN**  
 GR. ULRICHSTR. HALLE RANNISCHER PLATZ

Nichts leichter als das: Seldenstrümpfe und Handschuhe! Und billig ist das auch! Für 1.95 gibt es schon die wunderbarsten Strümpfe, und Handschuhe sind auch nicht teuer. Aber bitte nur von Brummer & Benjamin, weil's dort so hübsch in Geschenkkartons verpackt wird, Für alle, denen nichts einfallen will!

**Das Herz lacht**  
 wenn der Festkuchen gut gerufen ist, und er gelingt gut, wenn Sie unsere Zutaten verwenden  
 Gute Molkereibutter . . . . . Pfund 1,20  
 Allerfeinste Molkerei-Tafel-Butter Pfund 1,40  
 Unsere Teobutter  
 „Eine Klasse für sich“ . . . . . Pfund 1,44  
 „Flamara“ Eisgelb-Margarine . . . Pfund 0,80  
 „Unsere Ueberzeugung“ . . . . . Pfund 0,70  
 „Gute Hausbutter“ . . . . . Pfund 0,58  
 „Goh“ . . . . . Pfund 0,48  
 1-Pfund-Würfel . . . . . Pfund 0,44  
 Allerf. Blasen-Schmalz . . . . . Pfund 0,54  
 Blütenweißes Schweine-Schmalz. Pfund 0,52  
 Auf alle Waren unsere bekannte Rabatt und auf alle Margarine-Sorten unsern Sonder-Rabatt extra  
**Butter Groß-Handlung Hammonia**  
 Großes Butter- und Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands  
 Verkaufsstelle: Halle, Gr. Ulrichstraße 47

An den Folgen eines Unfalls verstarb am Mittwoch, dem 16. Dezember, unser treuer Parteigenosse  
**Kurt Heyne**  
 Bockwitz, im Alter von 39 Jahren.  
 Wir verlieren in ihm einen unserer Besten. Ueber zwei Jahrzehnte hat er unermüdet an vorderster Stelle für die sozialistische Bewegung gewirkt. Als Agitator sowie als Vertreter im Kreisrat und Kreisausschusse des Kreises Liebenwerda leistete er Hervorragendes für die Partei und hat sich überall große Sympathien erworben.  
 Sein Leben und Wirken wird uns unvergesslich bleiben.  
 Halle, den 17. Dezember 1931.  
**Bezirksvorstand der SPD. Halle.**  
**Unterbezirksvorstand der SPD. Torgau.**